

und gegen Rassenhaß, Gewalt und Folterungen protestieren, wobei besonders Brasilien und Rhodesien (wegen der im sog. Land Tenure Act enthaltenen Rassendiskriminierung; vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 262 und 494) genannt werden, kann wohl als „amtliche“ Bekräftigung der Antwort von Bischof Tenhumberg im Fall Helder Câmara angesehen werden.

Unter *gesellschaftspolitischen* Gesichtspunkten behandelten die Bischöfe in Fulda u. a. drei Themen: die kirchliche Publizistik, die kirchliche Sozialarbeit und die Vorschulerziehung. Zum ersten Punkt gab es kaum neue Entscheidungen, wohl aber ein verstärktes Bemühen, sich über die anfallenden Aufgaben Rechenschaft zu geben, wobei der Respekt vor den *publizistischen Mitteln* fast etwas zu groß erschien. In absehbarer Zeit, so hieß es in der Presseerklärung von Kardinal Döpfner, werde die Kirche einen sehr großen Teil der Bevölkerung nur noch über die Massenmedien erreichen, deswegen müßten die Anstrengungen in diesem Bereich verstärkt werden. Mit drei Projekten hatte man sich gesondert befaßt: mit der seit langem geforderten besseren Koordinierung der kirchlichen Haupt- und Arbeitsstellen in diesem Bereich; mit der Errichtung eines *katholischen Instituts für Kommunikationsmittel*; mit der Frage nach den Einsatzmöglichkeiten des Kassettenfernsehens für die kirchliche Bildungsarbeit. Bezüglich der kirchlichen Sozialarbeit warnten die Bischöfe vor *Etatisierungstendenzen in der Sozial- und Jugendhilfe*, wie sie in letzter Zeit da und dort laut wurden. Als Abwehr von Verstaatlichungstendenzen im *Vorschulbereich* empfahlen die Bischöfe den Ausbau und die Modernisierung der katholischen Kindergärten ebenso wie eine Verbesserung der Aus- und Weiterbildung der katholischen Fachkräfte. Besondere Aufmerksamkeit haben die Bischöfe den Plänen der *Reform des Ehescheidungsrechts* gewidmet. Eine endgültige Stellungnahme behält sich die Bischofskonferenz allerdings noch so lange vor, bis die Arbeitsergebnisse des katholischen Arbeitskreises für Eherechtsreform beim Katholischen Büro in Bonn, die noch in diesem Herbst erwartet werden, vorliegen. Gleichzeitig wird die Öffentlichkeit von den Bischöfen aufgefordert, die vorliegenden Entwürfe „gründlich zu studieren, zu

diskutieren und den Bischöfen ihre Meinung mitzuteilen“.

Ein schärferer Ton herrscht bei der von den Bischöfen herausgegebenen „Verlautbarung zur Strafrechtsreform, insbesondere zum Schutz des werdenden Lebens und zur Verbreitung von Pornographie“ vor. Es ist davon die Rede, daß „gewisse politische Gruppen“ versuchen, bestimmte Strafbestimmungen (Abtreibung, Verbreitung von Pornographie) „abzuschaffen oder einzuschränken“. „Sollten solche Bestrebungen Gesetz werden, würde der Staat eine seiner wesentlichsten

Pflichten, die Pflicht zum Schutz des Lebens, in unverantwortlicher Weise verletzen“. Hier gehe es um „die sittliche Grundordnung unserer Gesellschaft“. Noch ausführlicher behandelt die Verlautbarung das Thema der Verbreitung pornographischer Schriften. Pornographie, so heißt es, sei „nicht die Krankheit selbst, sondern Symptom einer tiefen Unordnung im Verhältnis des Menschen zu sich selbst, zum Mitmenschen und zu Gott“. Es gelte, mit dem Menschenleben und der Menschenwürde, die „Grundwerte jeder freien sittlichen Ordnung eines Volkes“ zu schützen.

Der Vorschulkongreß von Hannover

Der Vorschulkongreß in Hannover, der fast wider Erwarten hohe Besucherzahlen anzog und in der Tagespresse ein auffallend breites Echo bewirkte, hat gerade die interessantesten Teilnehmer nicht sonderlich befriedigt. Der viertägige Kongreß von Hannover (16.—19. 9. 70), der erste seiner Art in der Bundesrepublik, war von der Zeitschrift „Spielen und Lernen“ (Friedrich Verlag) angeregt worden. Als Veranstalter zeichneten der Arbeitskreis Vorschule e. V. (Hannover), das Deutsche Jugendschriftenwerk (Frankfurt/Main) und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (Frankfurt/Main). Der Vorschulkongreß verfolgte ein ähnliches Ziel wie der Grundschulkongreß in Frankfurt/Main 1969 (vgl. Herder-Korrespondenz 23. Jhg., S. 508 f.), der ebenfalls — durch private Initiative angeregt — einem dringenden Bedürfnis nach Information, Koordination und Reformen entsprach. Ähnlich wie beim Grundschulkongreß, zu dem eine unerwartete Zahl von interessierten Wissenschaftlern, Kindergärtnerinnen und Lehrern gekommen war, übertraf das Interesse und die engagierte Beteiligung beim Vorschulkongreß die Erwartungen der Veranstalter, und zwar in einem Maß, daß die Organisation stellenweise zusammenzubrechen drohte.

Unerwartetes Interesse

Die Berichte über die *Teilnehmerzahl* schwanken zwar zwischen 6000 und 8000 Teilnehmern, und es ist auch nicht von offizieller Seite bestätigt, ob man ursprünglich nur mit

2000 Teilnehmern gerechnet hatte, fest steht jedoch, daß mehrere Tausend kamen, die man nicht erwartet hatte. Unter dem Andrang dieser Massen wurden aus den ursprünglich geplanten Expertengesprächen und -diskussionen Großkundgebungen mit 3000 bis 4000 Teilnehmern, die zum Teil mit Lautsprecheranlage in verschiedene Säle und in eigens angemietete Zelte übertragen werden mußten — eine Größenordnung, auf die weder die Referenten noch die Teilnehmer der Podiumsgespräche eingestellt waren. Sie konnten mit ihren an ein kleines, fachlich vorgebildetes Publikum adressierten Analysen und Berichten keine Riesenveranstaltung mit einem wenig differenzierten, im *fachlichen Niveau* höchst unterschiedlichen Zuhörerkreis bestreiten. Ebenso wenig waren viele Referenten und Diskussionsredner auf die meist von engagierten sozialistischen Pädagogen und Studenten häufig in recht provozierender Form vorgetragenen Einwände eingestellt. Ursprüngliche Ziele des Kongresses waren: eine Bestandsaufnahme der bisherigen vorschuldidaktischen Bemühungen, die vor allen Dingen eine Klärung der wissenschaftlichen Diskussion herbeiführen sollte; das Angebot einer Orientierungsmöglichkeit für die Praxis der Vorschulerziehung an konkreten Modellen unterschiedlicher Zielsetzung, Arbeitsweise und Organisation; die Formulierung von politischen Forderungen. Die Tagung verlief in der ursprünglich geplanten Form: Es fanden Referate von bekannten Vorschulexperten statt, an die sich Podiumsdiskussionen und

Arbeitskreise anschlossen. Die zur Diskussion gestellten konkreten Vorschulmodelle wurden jeweils von einem ihrer Vertreter vorgestellt. Diese theoretischen Ausführungen wurden ergänzt durch eine *Experimental- und Musterschau*, in der zum einen Teil an einem Gemeinschaftsstand vom Arbeitskreis Vorschule e. V. ausgesuchtes didaktischer Lernmaterial in exemplarischer Weise zusammengestellt war, in der zum andern einzelne Firmen Gelegenheit hatten, ihr einschlägiges Angebot auf Einzelständen zu präsentieren. Darüber hinaus konnten die Besucher an Demonstrationsständen Kinder in der angeleiteten oder freien Arbeit mit Vorschulmaterialien beobachten — ein vielseitiges Programm, das ohne den unerwartet hohen Andrang sicher zu einer fruchtbaren Auseinandersetzung und vorläufigen Klärung hätte führen können.

Den bildungspolitischen Akzent setzte am Vorabend des Kongresses Frau Staatssekretär *H. Hamm-Brücher* (Bonn), indem sie die dringende Notwendigkeit koordinierter vorschulischer Reformen im Interesse der Chancengleichheit aller Kinder hervorhob und den Willen der Bundesregierung betonte, diese Aufgabe in Angriff zu nehmen und auch entsprechend hohe Finanzbeträge bereitzustellen. Bisher seien jedoch diese Angebote von den Länderregierungen nicht angenommen worden. Man hätte über diesen Hinweis auf die föderalistische Reformbremse hinaus eigentlich mehr Informationen über konkrete bildungspolitische Maßnahmen erwartet. Statt dessen referierte Frau Hamm-Brücher relativ ausführlich die hinlänglich bekannten Ergebnisse der Entwicklungs- und Begabungspsychologie und erweckte den Eindruck, als ob diese Erkenntnisse eine ausreichende Grundlage für weitreichende bildungspolitische Entscheidungen bieten könnten und verdeckte damit die sehr unterschiedlichen partei- und gesellschaftspolitischen Standpunkte und Motivationen. Nur einmal erwähnte sie nebenbei die geplante Novellierung des Jugendwohlfahrtsgesetzes, blieb aber auf die gezielte Frage aus dem Publikum, in welche Richtung eine solche Veränderung wohl gehen könnte, weitere Auskünfte schuldig. Damit blieb das zur Zeit in der Bundesrepublik heißeste bildungspolitische Eisen: die Einschulung der Fünfjäh-

rigen und die Kompetenz der freien Verbände innerhalb der Vorschul-erziehung außer Diskussion.

Ungeklärte Zielfragen

Das *Hauptreferat* des ersten Tages (Prof. *G. Pause*, Lüneburg) hatte die Zielfrage zum Thema und sollte durch eine umfassende Orientierung über den augenblicklichen Stand der Zieldiskussion als Grundlage für die konkreten didaktischen Programme der nächsten Tage dienen. — Diese pointierte Herausstellung der Zielfrage zu Beginn des Kongresses reichte jedoch der starken und lautstarken sozialistischen Gruppe keineswegs zur Klärung ihrer Problematik. Sie trug — obschon Prof. Pause in seinem Referat die unterschiedlichsten Fragestellungen berücksichtigte — ihre eigene politisch und gesellschaftskritisch bestimmte Zielauffassung in jeder der folgenden Teilveranstaltungen vor, so daß konkrete Information über bisher praktizierte didaktische Ansätze verhindert wurde.

In den weiteren Veranstaltungen wurden die verschiedensten Bereiche eines künftigen *vorschulischen Curriculums* berücksichtigt: soziale und religiöse Erziehung; Sprachbildung und Lernen; Integrales Programm zur Förderung der kognitiven Funktionen; ästhetische Aktivitäten; Wahrnehmen und Strukturieren; Hören, Notieren, Musizieren; mehrsprachige Erziehung; Film und Fernsehen in der Vorschulerziehung. Besondere Diskussionen löste die Zusammenfassung von *sozialer* und *religiöser* Erziehung in einem gemeinsamen Arbeitskreis aus. Während von einem Teil der Arbeitsgruppe eine enge Beziehung zwischen religiöser und sozialer Erziehung gesehen und bejaht wurde („Nur aus sozialen Empfindungen heraus kann sich ein religiöses Verständnis entwickeln“), lehnten andere diese „Vermengung“ als unzulässig ab und bildeten eine eigene Arbeitsgruppe, die sich ausschließlich mit der sozialen Erziehung befaßte.

Ebenfalls heftige Diskussion löste das integrale, lernzielorientierte Programm zur Förderung der kognitiven Funktionen des Münchner Vorschulteams unter Führung von Prof. *H. R. Lückert* aus. Zu diesem Programm gehören die Spracherziehung, die Vermittlung von Grundwissen (Schlüsselbegriffe), die Einführung in

die Mathematik, das Erlernen einer Fremdsprache, die Schreiberziehung und — für viele ungewöhnlich — ein Programm zur Qualifizierung der Erzieherfortbildung. Stark kritisiert wurde vor allem der technokratische Charakter dieses Gesamtprojekts, die wenig flexible, kreativen Einfällen und Ideen wenig Raum lassende Programmgestaltung und die völlige Ausklammerung der für die Kleinkindererziehung so bedeutsamen sozial-emotionalen Faktoren. Vom Team wurde auf den eminenten Nachholbedarf an derartigen Programmen vor allem im deutschen Raum hingewiesen. Der Versuch einer Integration verschiedener Programme und Ansätze muß als bedeutender neuer Schritt bewertet werden.

Die ausgeklammerten Probleme

Nimmt man die diesjährige UNESCO-Regionaltagung zur „Bildungsförderung im vorschulischen Alter“ in Hamburg (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 351), deren Hauptziel die repräsentative Koordination und Dokumentation der vorschulerzieherischen Initiativen und Reformbestrebungen in Deutschland war, als Maßstab für die Auswahl der Referenten und der Thematik, so kann man nicht umhin, eine gewisse Einseitigkeit und Lücken festzustellen. So wurde z. B. die *Ausbildung* der Kindergärtnerinnen und anderer sozialpädagogischer Berufe nur von gewerkschaftspolitischer Sicht aus — in einer eigenen Abendveranstaltung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft — berücksichtigt, während dieser Problematik bei der UNESCO-Tagung ein eigenes Thesenreferat gewidmet war. Ebenfalls fehlte eine Übersicht über die vorschulischen Versuche auf Länderebene, so daß kein geschlossener Eindruck von der gegenwärtigen Situation in der Bundesrepublik vermittelt wurde. Die Diskussion rieb sich an einzelnen individuellen und z. T. subjektiv-ideologiegefärbten Kindergartenprogrammen und -konzepten auf, wo die groß angelegten und überregional wirksamen Kindergarten- und Vorschulversuche der einzelnen Länder nicht einmal vorgestellt wurden. Das ist insofern bedauerlich, als in diesen Fällen folgende Punkte hätten demonstriert werden können: ein pädagogisches Konzept nach einem — wenn auch

vorläufigen Bildungsplan im Unterschied und als Ergänzung zu den methodisch-didaktischen z. T. experimentell abgegrenzten Einzelversuchen; die Zielstruktur einzelner Ansätze und damit die Haupttendenzen einiger großer Versuche (z. B. Vorklassen kontra Kindergarten); das Ineinandergreifen von Theorie und Praxis, von pädagogischem Programm und wissenschaftlicher Begleituntersuchung, so daß auch dem Praktiker das nötige Minimum an Forschungsproblematik hätte nahegebracht werden können.

Trotz all dieser negativen Aspekte ist der erste Vorschulkongreß grundsätzlich positiv zu bewerten. Hat er

doch in eindrucksvoller Weise dazu beigetragen, die Notwendigkeit der Kindergarten- und Vorschulreform zu dokumentieren und bewußt zu machen, wenngleich über das Wie einer solchen Reform die Meinungen weit auseinandergehen. Der neu konstituierte *Arbeitskreis Vorschule e. V.* will sich kontinuierlich mit vorschulischen Problemen befassen und die Bemühungen koordinieren — eine Hoffnung, daß die Diskussionen und Anstrengungen nicht mit dem Vorschulkongreß enden. Als erstes wird der Vorschul-Arbeitskreis eine vollständige Dokumentation über den Vorschulkongreß Hannover 1970 veröffentlichen.

Arbeitstagung deutschsprachiger Homiletiker

Es lag wohl an der Thematik, daß zur 9. Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Homiletiker (AKH) vom 5. bis 10. Oktober 1970 in Schönbrunn / ob Zug (Schweiz) rund achtzig Teilnehmer kamen, mehr als je zuvor. Man hatte sich das Thema „Die Predigt im Zeitalter der Massenmedien — Impulse der Medienforschung für die Homiletik“ gestellt und dazu auch die evangelischen Kollegen eingeladen, die in nicht geringer Zahl sich einfanden. Theologisches hatte man diesmal nicht viel im Sinn. Im Vordergrund stand statt dessen die Empirie in Form der Kommunikationswissenschaft — nur zwei der vorgesehenen Referenten waren Theologen. Die Tagung wollte — so stand es in der Einladung — „1. prüfen, ob sich mit Hilfe des analytischen Instrumentars der Medienforschung die Struktur des Kommunikationsvorganges Predigt besser verstehen läßt; 2. klären, wie sich die Predigt (und die Verkündigung überhaupt) im Zeitalter der Massenmedien ausnimmt; wie sie beschaffen sein muß; was sie zu sagen hat; welche Funktion ihr zukommt.“ Das erste Ziel wurde in den Referaten, Aussprachen und Arbeitskreisen annähernd erreicht, das zweite nur gelegentlich direkt angesprochen, wenn es auch stets im Hintergrund jeder Reflexion anwesend war.

Um den gesellschaftlichen Rahmen nicht aus den Augen zu verlieren, innerhalb dessen sich jede Kommunikation abspielt, beschäftigte sich Prof. F. Zöchbauer vom Institut für

Moraltheologie in Salzburg, zu Anfang mit der Interdependenz der „Massenmedien als Ausdruck und Prägefaktor der Gesellschaft“: einmal spiegeln sich die Bedürfnisse des heutigen Menschen in den Massenmedien wider, zum andern werden Bedürfnisse erst durch die verschiedenen Medien der Massenkommunikation erzeugt. Nicht zu übersehen sind die Auswirkungen der audiovisuellen Kommunikation auf bestimmte Funktionen und Fähigkeiten des Menschen (Wahrnehmung, Auffassung, Denken, Sprache, Bewußtsein).

Predigt im Kraftfeld der Kommunikation

Mit der Struktur von Kommunikation befaßten sich Referenten und Teilnehmer allein zwei Tage lang. W. B. Lerg vom Institut für Publizistik in Münster gelang es nicht, seine „Kommunikationsmodelle der Kommunikationsforschung“ so darzustellen, daß die Hörer deren Relevanz für die Predigtstruktur gleich entdeckten. Erst im Lauf der weiteren Tagung wurde den Teilnehmern deutlich, wie wichtig es ist, Elemente, Prozeß und Störfaktoren eines Kommunikationsvorganges analysieren zu können. Den Hörer einer Kommunikation (Predigt) hatte Prof. K. W. Dahm (Herborn) im Auge. Er unterschied drei wichtige Stationen beim Hören: das Aufnehmen, das Auswählen und das Verarbeiten. Eine lange Reihe von Faktoren (Dis-

position, Verstehbarkeit, Redundanz, Image, Bezugssystem, kognitive und emotionale Gesichtspunkte) bedingt beim Durchlaufen der drei Stationen eine starke Selektion des Gehörten. Empirische Untersuchungen haben ergeben, daß „der Hauptwirkungsgrad der Predigt offensichtlich nicht in einem kognitiven Lernvorgang, sondern in einer emotionalen Erfahrung liegt“. Gerade an dieser Aussage und auch an der Behauptung, durch Predigt könne man kein Bezugssystem zerstören, biß man sich in den anschließenden Diskussionen fest. Man hinterfragte diese Feststellungen mit dem theologischen Rückgriff auf die Predigt Jesu und hob ganz deutlich die kritische Funktion der Predigt hervor.

Daß die Wirkungsforschung im Bereich der Massenmedien noch in den Kinderschuhen steckt, zeigte Prof. F. Zöchbauer. Normalerweise bestätigen die Massenmedien schon bestehende Meinungen. Eine Änderung von Einstellungen ist um so unwahrscheinlicher, je extremer, intensiver, zentraler und komplexer die Einstellungen sind. Da eine Umkehr fast unmöglich erscheint, bleiben Erweiterung und Differenzierung von Meinungen als besonders relevant für die Verkündigung. Mehr Bedeutung mißt man daher dem mehrstufigen Kommunikationsprozeß zu, in dem das in der Massenkommunikation Aufgenommene im Kleingruppengespräch verarbeitet wird, wobei die sog. Meinungsführer (opinion-leader) eine wichtige Rolle spielen. Diese Erkenntnis fordert aus sich heraus das Experiment mit neuen Predigtformen.

Nicht sehr zimperlich ging U. Saxer vom Institut für Publizistik in Zürich, mit der kirchlichen Kommunikationspraxis um. Sie sei ideologisch orientiert und trage dem Wandel in der Publizistik nur wenig Rechnung. Wer die Massenmedien z. B. als „gesamtgemeinschaftliche Megaphone“ für christliche Zwecke gebraucht, also missionieren will, der steht im Gegensatz zu der demokratisch-kritischen Öffentlichkeit dieser Medien. Gegenüber der Medienpublizistik schneidet die kirchliche Mundpublizistik schlecht ab. Die Konkurrenz kann sie deshalb nicht bestehen, weil sie oft auf realitätsfernen Vorstellungen aufbaut und weil sie auf Verpflichtung zielt und nicht auf Beliebigkeit, wie die Massenmedien das tun. Darüber hinaus verhindert die